



# Brüsseler Brief

Die EUD Brüssel informiert

Ausgabe August 2015



## ★ Grußwort des Vorsitzenden

Liebe Mitglieder unseres Brüsseler Verbandes,  
liebe Freunde der Europa-Union Deutschland,

„Die Kuh muss vom Eis, aber sie rutscht dauernd aus...“ – so bildlich kommentierte Kommissionspräsident Juncker vor dem entscheidenden Gipfel der Eurogruppe die drohende Staatspleite in Griechenland und ganz allgemein die Situation in der Währungsunion. Inzwischen hat sich die Kuh in die richtige Richtung bewegt, sie ist massiv geschoben worden. Ökonomen werden allerdings bezweifeln, dass sie dabei wirklich schon sei, die Eisfläche zu verlassen – vielen scheint es eher so, als dass sich die griechische Kuh nur an eine andere Stelle begeben habe, wo das Eis augenblicklich noch etwas dicker und standfester wirkt.



Das Griechenlandthema mit seinen zwei Facetten, der Notwendigkeit des Respekts des europäischen Regelwerkes auf der einen und der Sympathie für die vielen Millionen Griechen, denen die Austeritätspolitik schwere Einbußen auferlegt, auf der andere Seite, bewegt uns alle in diesen Sommermonaten 2015. Dazu kommt ein Weiteres: der noch ungelöste Konflikt zwischen den Mitgliedstaaten der Europäischen Union um die richtigen, und das heißt auch: faire, menschliche und solidarischen Antworten auf die Migrations- und Flüchtlingsproblematik. In einer Lage, wo sich Hunderttausende aus Syrien, Irak, West- und Ostafrika nicht einmal von lebensbedrohlichen Meeresüberquerungen abhalten lassen, um aus Krieg oder wirtschaftlicher Perspektivlosigkeit nach Europa zu fliehen und in der nahöstliche Kleinstaat wie Libanon und Jordanien schon Millionen von Flücht-


tende aufgenommen haben, schaffen es die Mitgliedstaaten der Europäischen Union weiterhin nicht, sich auf einen vernünftigen Schlüssel zur Verteilung der Flüchtlinge auf die 28 zu einigen.

Was dabei besonders irritiert, ist, dass es dabei nicht um einen Streit um den sinnvollsten und fairsten Verteilungsschlüssel geht, sondern dass das Prinzip der solidarischen Zusammenarbeit der Glieder der Union in dieser Frage selbst nicht mehr von allen Mitgliedstaaten akzeptiert zu sein scheint.

Der Respekt des gemeinsamen Rechtsbestands und der Grundsatz der Solidarität: die schwerwiegenden Probleme, mit denen Europa rund um Griechenland und die Migrationsfrage derzeit kämpft, zeigen, dass zwei ganz grundlegende Prinzipien des europäischen Einigungswerkes offenbar nicht mehr außer Frage stehen. Dies spiegelt sich in den Debatten im Europäischen Rat genauso wider wie im Erstarken integrationsfeindlicher politischer Kräfte in zahlreichen Mitgliedstaaten und der Debatte um die britischen „Reformforderungen“ an die Union, die immer weiter fährt aufnehmen wird, je näher wir dem Jahr 2016 kommen. Befindet sich die Union in einer Situation, wo es ihr nicht nur an allgemeiner Popularität mangelt, sondern wo im vermeintlichen Elitenprojekt Europäische Union der Wille der Eliten selbst zum gemeinsamen europäischen Projekt zu bröckeln beginnt?

Für die Europa-Union Deutschlands sind dies keine Themen akademischer Forschung. Sie sind Schlüsselfragen für die Zukunft unseres Kontinentes, für den Erhalt und die Stärkung der europäischen Friedensordnung und für unsere Fähigkeit, Europa den kommenden Generationen geeint in Freiheit und fähig, ökonomisch und ökologisch nachhaltig zu wirtschaften, zu übergeben.





Fatalismus, Vogel-Strauß-Verhalten oder gar europapolitischer Defaitismus schließen sich daher als Reaktionsweisen von selber aus. Solange wir auf diesem Kontinent leben und so lange wir die Überzeugung teilen, dass Europa nicht nur Landmasse, sondern auch Wertemodell ist, das auf andere Regionen der Erde ausstrahlen und für seine Werte und Überzeugungen einstehen sollte, solange können engagierte Bürger wie die Mitglieder der Europa-Union nicht allein Zuschauer solcher besorgniserregenden Entwicklungen sein. Wir müssen uns engagieren, Meinungen bilden und Lösungen vorschlagen.

Wir haben keinerlei Grund davon auszugehen, dass Europa nicht in der Lage sein sollte, die richtigen Antworten auf die Herausforderungen zu geben, denen es sich ausgesetzt sieht. Gewiss, die Herausforderungen müssen überaus ernst genommen werden. Sie sind keiner äußeren Bedrohung geschuldet, sondern kommen von innen heraus. Sie betreffen nicht den Streit in der Sache, sondern das Ferment selbst, aus dem die Grundlagen der Europäischen Union entstehen. Europa aber ist reformfähig. Um dafür den Willen zu generieren, gilt es, immer wieder deutlich zu machen, was denn gewonnen würde, wenn es weniger oder kein gemeinsames Europa gäbe? Man muss wirklich kein Manager eines Großunternehmens zu sein, um um die essentielle Bedeutung des funktionierenden europäischen Binnenmarktes für unsere wirtschaftliche Zukunft zu wissen. Und auch bewaffnete Konflikte sind auf dem europäischen Kontinent weiterhin denkbar und sogar wahrscheinlich, nicht nur weit im Osten, wenn die Europäische Union als Klammer und gemeinsame Aufgabe nicht mehr alle Mitgliedstaaten einbinden und den Interessenausgleich organisieren können sollte.

Die kommenden Jahre werden den Zeitrahmen für die Debatte um die Reform und Weiterentwicklung der Europäischen Union bilden. Viel steht dabei auf dem Spiel, nicht zuletzt das europäische Projekt selbst. Es muss zu einer Neujustierung der in den letzten 25 Jahren entstandenen Gleichgewichte in der EU kommen. Wir Europäer müssen uns um einen neuen Ausgleich zwischen Zentralismus und konföderalem Miteinander bemühen. Wir werden entscheiden müssen, ob wir den Weg alle miteinander gehen oder ob aus dem schon existierenden Europa verschiedener Geschwindigkeiten ein Europa verschiedener konzentrischer Kreise

werden wird, denen sich dann auch Länder wie die Türkei, die Ukraine oder Norwegen zuordnen lassen. Wir müssen auch die Balance zwischen Rechtsverbindlichkeit und Vertragstreue auf der einen und Solidarität und europäischer Gemeinsamkeit auf der anderen Seite austarieren. In allen diesen Fragen wird es darum gehen, einen neuen europäischen Konsens zu gewinnen – nicht nur in Rat und Parlament, sondern in der „politischen Klasse“ und darüber hinaus vor allem in der Bürgergesellschaft.

Und genau da liegt die Herausforderung für die Europa-Union Deutschlands und ihre Schwesterbewegungen in den anderen Mitgliedstaaten der Union: Es kann für uns nicht allein und vielleicht nicht einmal in erster Linie darum gehen, Lösungen für die Probleme der Europäischen Union zu prüfen. Wir sind kein Verein europäischer Konstitutionalisten, nicht die Berufsvereinigung der Europa- und Verfassungsrechtler. Für uns muss es vor allem darum gehen, eine europäische Bürgergesellschaft zu begründen. Europäische Öffentlichkeit herzustellen und das Europa der Bürger werden zu lassen. Wenn dies nicht gelingt, droht der europäische Integrationsgedanke mit der Zeit immer weiter zu erodieren. Europa kann nur gelingen, wenn die Menschen es nicht nur wollen, sondern wenn sie grenzüberschreitend leben, denken und handeln lernen. Dazu ist es zugegeben selbst in der Zeit des Massentourismus, der Erasmusprogramme und der sozialen Medien immer noch ein gewaltig weiter Weg.

Wir wissen aber: Selbst der längst Weg beginnt mit dem ersten Schritt. Damit ist die Aufgabe beschrieben, die auch für unseren Brüsseler Verband gilt. Anfang September werden wir in unserer diesjährigen Mitgliederversammlung in der Landesvertretung Niedersachsen einen neuen Vorstand wählen und die weitere Ausrichtung unserer Arbeit diskutieren. Wir sollten darüber Einigung erzielen, mit welchem Programm wir die kommenden Jahre angehen wollen. Wie wir Europa nicht nur beobachten und kommentieren, sondern dafür werben, es besser erklären und auch seinen Reformbedarf angehen können, ausgehend von der Idee eines geeinten Europas - frei nach Abraham Lincoln - der Bürger, durch die Bürger und für die Bürger. Daran sollen sich unsere Veranstaltungen und Aktivitäten in den kommenden zwei Jahren messen lassen.



Ihr Vorstand und ich freuen uns, Sie zur Diskussion darüber bei unserer Mitgliederversammlung und dem anschließenden Sommerfest am 3. September begrüßen zu können!

Ihr Dr. Michael Köhler

★ **Grußwort von Jan Philipp Albrecht MdEP, Vorsitzender der EUD-Parlamentariergruppe im Europäischen Parlament**

Am 28. April wurde ich in den Vorstand der Europa-Union-Parlamentariergruppe im EP gewählt und möchte mich daher gerne bei Ihnen vorstellen und mich als Ansprechpartner für die Europa-Union in Brüssel anbieten. Mich ehrt die Übernahme des Amtes in besonderem Maße. Bereits vor der Mitgliedschaft bei der Europa-Union war ich Mitglied im Jugendverband (JEF) und habe mich für ein besseres und demokratischeres Europa engagiert. Ich bin seit dem Jahr 2009 Mitglied des Europäischen Parlamentes, mit Anbindung an Norddeutschland als meiner Wahlkreisregion. In dieser Wahlperiode konzentriert sich meine Arbeit als stellvertretender Vorsitzender des Innen- und Justizausschusses und Verhandlungsführer der Datenschutzreform auf die Themen Innere Sicherheit und politische Begleitung der Digitalisierung. Neben der inhaltlichen Arbeit ist es mir stets ein wichtiges Anliegen, die Bedeutung und bereits gelebte politische Dimension Europas zu bewerben und als politischer Repräsentant eine entsprechende Aufgabe zu erfüllen.

Vielen Bürgerinnen und Bürgern ist nicht bewusst, welche Parteien im Europäischen Parlament vertreten sind und welche Positionen sie vertreten. Einer der Hauptgründe dafür liegt in der Vielfalt der Parteien, bei der selbst Menschen, die mit der Materie gut vertraut sind, leicht die Orientierung verlieren können. Deshalb habe ich kurz nach meiner Wahl ins Europäische Parlament im Jahr 2009 angefangen, über die Arbeit und Hintergründe rechtsradikaler Parteien in der EU aufzuklären und setze dies auch in dieser Legislaturperiode fort. Es darf im Europäischen Parlament keinen Platz für rechtspopulistische und rechtsradikale Kräfte geben, die gegen die Grundwerte der Europäischen Union verstoßen und zum Rückbau der Europäischen Integration aufrufen. Wir alle sind

aufgefordert, uns dem gefährlichen Erstarken rechter Kräfte entgegen zu stellen und die Europäische Einigung zu verteidigen.

Ich freue mich darauf, mit dem Brüsseler Verband der Europa-Union zusammenzuarbeiten – in dieser und vielen anderen wichtigen Fragen.



Die Mitglieder des Vorstands der Parlamentariergruppe im Europäischen Parlament.

*Am 29. April wählten die Parlamentariergruppenmitglieder der 8. Wahlperiode in Straßburg den grünen Abgeordneten Jan Philipp Albrecht zum neuen Vorsitzenden. Seine Stellvertreter sind die Europaparlamentarier Markus Ferber (CSU), Arne Lietz (SPD), Michael Theurer (FDP), und Joachim Zeller (CDU). Die Europa-Union Parlamentariergruppe im Europäischen Parlament setzt sich zusammen aus den deutschen Europaabgeordneten, die zugleich Mitglied der Europa-Union Deutschland sind. Derzeit gehören ihr 66 der insgesamt 96 deutschen Parlamentarier an.*

## ★ Die deutschen Länder in Brüssel – überflüssige Kakophonie oder willkommene Vielfalt?

Gastbeitrag von Christian Bruns.

Wenn eine der vielen Besuchergruppen aus der Heimat eine der 15 Landesvertretungen in Brüssel besucht kann in der Diskussion sicher mit Fragen wie diesen gerechnet werden: Warum hat das Land hier eine eigene Vertretung? Was kostet das? Ist das sinnvoll?



Informiert man dann über die Mitarbeiterzahlen der anderen Landesvertretungen und ergänzt dies noch mit einem Hinweis auf die Ständige Vertretung der Bundesrepublik Deutschland, wachsen die Zweifel noch, ob hier Steuergeld sinnvoll ausgegeben wird oder eine Kakophonie der deutschen Stimmen subventioniert wird.

Erst wenn man über Geschichte und Aufgaben der Vertretungen informiert, weicht die Skepsis und Interesse und Zustimmung wachsen.

Daher ein Blick zurück: Mit der Unterzeichnung der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) wird im Februar 1986 der erste europäische Reformvertrag abgeschlossen, quasi der Vorläufer der späteren Verträge von Maastricht, Amsterdam, Nizza und Lissabon. Die EEA stellt – historisch gesehen – einen Quantensprung in Sachen Kompetenzübertragung von den damaligen Mitgliedstaaten an die europäische Ebene dar. In ihr bekräftigen die 12 Mitgliedstaaten ihren Willen zur Schöpfung der Europäischen Union, bekennen sich zur Vollenkung des Binnenmarktes, erweitern den Katalog der Zuständigkeiten der EU und stärken die Rolle des Europäischen Parlaments. Für manche Abstimmungen im Rat wird erstmals vom Einstimmigkeitsprinzip abgewichen.

Für die Länder im föderalen Deutschland bedeutet das eine besondere Herausforderung: Einerseits unterstützen Parlamente und Landesregierungen überwiegend die weitere europäische Integration, andererseits wird als Folge der zunehmenden

Vergemeinschaftung eine „Erosion“ eigener (innerstaatlicher) Zuständigkeiten befürchtet.

Da erscheint es für die Länder folgerichtig, sich am Kristallisationspunkt der europäischen Willensbildung zu etablieren und mit eigener Stimme zu Wort zu melden: Ab Mitte der 1980er Jahre eröffnen die Länder sog. Informationsbüros in Brüssel, nach der deutschen Vereinigung folgen die Vertretungen der ostdeutschen Länder.

An der grundlegenden Aufgabenstellung hat sich im Grunde seither wenig geändert: Nach wie vor wirken die Vertretungen als Früherkennungssysteme für europäische Vorhaben von Bedeutung für das eigene Land. Ihre MitarbeiterInnen arbeiten dabei wie „Übersetzer“ – sie machen europäische Politik (Rechtsetzung, Mitteilungen, Strategien) für die Adressaten (Landesregierungen, Landtage, „Zivilgesellschaft“) zuhause verständlich und – in entgegengesetzter Richtung – übersetzen die Interessen ihres Landes für die europäische Ebene und nehmen frühzeitig auf die Formulierung von Entscheidungen im Interesse ihres Landes Einfluss. Sie fungieren darüber hinaus als „Schaufenster“ der Länder, indem sie Highlights aus Kultur und Wissenschaft auf der Brüsseler Bühne vorstellen und setzen durch vielfältige Diskussionsveranstaltungen politische Akzente.

Auch wenn die Methoden der Interessenvertretung auf den ersten Blick teilweise ähnlich erscheinen mögen, agieren die Landesvertretungen anders als die unzähligen Lobbyisten in Brüssel als Repräsentanten demokratisch legitimierter Gebietskörperschaften und stellen in ihrer Gesamtheit einen Spiegel des deutschen Föderalismus dar.

Seit der Gründungsphase der Länderbüros Mitte der 1980er Jahre ist die Vergemeinschaftung weiter fortgeschritten, die institutionelle Architektur der EU hat sich entwickelt und eine Vielzahl weiterer Mitgliedstaaten ist hinzugekommen. Damit hat die Union in ihrer Bedeutung für die Länder noch zugenommen und ist gleichzeitig erheblich komplexer geworden.

Mehr denn je sind die Länder heute materiell von Entscheidungen der EU mittel- und unmittelbar betroffen und zudem bei vielen Rechtsakten auch für deren innerstaatliche Umsetzung zuständig. Nach wie vor sind also „Pfadfinder“ gefragt, die im Dschungel der europäischen Meinungs- und Willensbildung die Bezüge europäischer Politik für ihre Länder identifizieren und deren Belange vertreten.

Dabei kommt den Landesvertretungen – verglichen mit den Regionalvertretungen aus anderen Mitgliedstaaten – zugute, dass ihnen durch die Mitwirkungsrechte des Bundesrates in Fragen der Europäischen Union ein weiteres Instrument der Einflussnahme auf die EU-Politik zur Verfügung steht.

Auch hier erleichtert ein kurzer Ausflug in die Geschichte das Verständnis: Wiederum war ein bedeutender Integrationschritt der EU Auslöser für eine grundlegende Veränderung der Mitwirkungsrechte der Länder: Mit dem 1992 in Kraft getretenen Artikel 23 des Deutschen Grundgesetzes („Europa-Artikel“) und der 1993 im „Gesetz über die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in Angelegenheiten der Europäischen Union (EUZBLG)“ erfolgten Festschreibung ihrer Beteiligungsrechte wurden seinerzeit die Voraussetzungen für die Zustimmung der Länder im Bundesrat zum Vertrag von Maastricht (1993) geschaffen, also vereinfachend gesagt ein Handel nach dem Motto „Mehr innerstaatliche Mitwirkung gegen weitere Hoheitsübertragungen auf die EU“ geschlossen. Im EUZBLG ist seither – neben der Unterrichtungspflicht der Bundesregierung, der Berücksichtigung von Stellungnahmen des Bundesrates und der Hinzuziehung von Ländervertretern zu Verhandlungen in Gremien der Kommission und des Rates – auch die „Unterhaltung von Länderbüros“ in Brüssel gesetzlich geregelt.

Seitdem verfügen die Länder damit über eine doppelte Einflussmöglichkeit – informell und relativ am Anfang des Gesetzgebungsprozesses durch ihre Vertretungen in Brüssel, förmlich und eher am Ende der legislativen Kette über den Bundesrat. Davon machen sie engagiert und mit Augenmaß Gebrauch. Frühere Kontroversen mit dem Bund, der den Ländern schon mal eine „Nebenaußenpolitik“ in Brüssel vorwarf oder die wirksame Vertretung deutscher Interessen gegenüber der EU durch eine „Kakophonie“ der Stimmen gefährdet sah, sind mittlerweile Geschichte. Im Gegenteil, inzwischen arbeiten Bund und Länder unter Wahrung der Interessen des jeweils anderen konstruktiv zusammen und auch der frühere, mit einiger Verbissenheit und unter Zuhilfenahme von Rechtsgutachten ausgetragene Streit, ob der Titel „Vertretung“ nur dem Bund oder auch den Repräsentanten der Länder zusteht, hat mittlerweile eher anekdotischen Charakter.

Heute wird gerade die Vielfalt der Länder als Gewinn auch auf EU-Ebene wahrgenommen: Die

unterschiedliche Größe, verschiedene wirtschaftliche Schwerpunkte, diverse kulturelle Traditionen und spezifische politische Mehrheiten der Länder machen den deutschen Föderalismus aus und prägen auch in Brüssel das Bild von Deutschland. Und die explizite Anerkennung der regionalen Ebene im Vertrag von Lissabon, die Mitwirkung der Länder (und Kommunen) im Ausschuss der Regionen und der „alltägliche“ Respekt der EU-Institutionen vor dieser Vielfalt stärken im Übrigen nachhaltig die föderale Vielfalt in Deutschland und die Souveränität der deutschen Länder.

*Christian Bruns ist Mitglied des Vorstandes der EUD Brüssel und Leiter der Vertretung der Freien Hansestadt Bremen bei der EU.*

### ★ Junckers Investitionsplan zur Diskussion gestellt - Veranstaltungsbericht

Der Investitionsplan von Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker gehört zweifelsohne zu den zentralen Vorhaben der aktuellen EU-Kommission. Die Erwartungen an den Plan sind groß. Nach den Worten des für dessen Umsetzung zuständigen Vize-Präsidenten der EU-Kommission, Jyrki Katainen, soll er eine Investitionsoffensive in der EU auslösen, Menschen europaweit zu Beschäftigung verhelfen und Europa zu neuer Wettbewerbsfähigkeit führen. Kritische Beobachter weisen allerdings auf offenen Fragen hin. Kann der Plan funktionieren? Wie groß wird der Effekt für die Volkswirtschaft der EU tatsächlich sein? Wird die EU sich als ausreichend flexibel erweisen, um den Plan rasch auf den Weg zu bringen?



Foto: Landesvertretung Hessen/Felix Kindermann

Um diese und andere offene Fragen zu diskutieren, hatte der Brüsseler Verband der EUD am 11. Mai gemeinsam mit der Vertretung des Landes Hessen bei der Europäischen Union zu einer Mit-

tagsdiskussion eingeladen. Rund 200 Interessierte waren der Einladung gefolgt, um gemeinsam mit Valerie Herzberg, Mitglied im Kabinett von Vizepräsident Jyrki Katainen und dem grünen Europa-parlamentsabgeordneten Sven Giegold zu diskutieren.

Valerie Herzberg reagierte zu Beginn auf die im Vorfeld der Diskussion wiederholt formulierte Kritik, wonach die Berechnungen der Kommission zu optimistisch seien und die erhofften Investitionen in Höhe von 315 Milliarden kaum erreicht werden könnten. Die Berechnungen und der erhoffte Multiplikatoreffekt um den Faktor 15 seien sogar eher zurückhaltend kalkuliert und lägen noch unter dem von der Europäischen Investitionsbank für gewöhnlich erzielten Hebel, so Herzberg. Der Einsatz von 21 Milliarden Euro könne daher durchaus Investitionen in Höhe von über 300 Milliarden in Europas Wettbewerbsfähigkeit erzielen. Sven Giegold verwies auf die Gefahr von Mitnahmeeffekten. Das Problem mit dem Vorschlag der Kommission, der durchaus als lobenswerter Fortschritt zu sehen sei, bestehe darin, dass Projekte von der Förderung profitieren würden, die auch ohne die Hilfestellung der EU entsprechende Investoren finden könnten. Die Hoffnung der EU-Kommission auf neue Investitionen würde sich daher nur teilweise realisieren lassen.

Der grüne Wirtschaftspolitiker kritisierte zudem, dass ein Teil der zur Einrichtung des Fonds notwendigen Gelder auf Kosten der EU-Forschungsförderung gehen könnte. Herzberg widersprach dieser Kritik, denn schließlich würden Gelder aus dem sogenannten Junckerplan auch für die Förderung von Forschung und Entwicklung verwendet und warnte ihrerseits vor einer Politisierung der Projektauswahl und übertriebenen bürokratischen Hürden. Im Zusammenspiel mit den notwendigen Strukturreformen und einer Vertiefung des EU-Binnenmarktes könne der Plan einen wichtigen Anstoß für neue wirtschaftliche Dynamik liefern. Eine Hoffnung, der sich der Brüsseler Verband der EUD gerne anschließt.

#### ★ „EUD-Debriefing zum Europäischen Rat am 29. Juni mit Botschafter Silberberg

Im Anschluss an den Europäischen Rat vom 25./26. Juni 2015 stand der Ständige Vertreter der Bundesrepublik Deutschland bei der EU, Botschafter Reinhard Silberberg, beim traditionellen „De-

briefing“ der EUD Brüssel im Goethe-Institut zum rund 150 interessierten Gästen Rede und Antwort.



Dieser von der Griechenland-Krise überlagerte Gipfel werde „allen Beteiligten noch eine ganze Weile in Erinnerung“ bleiben, so der deutsche EU-Botschafter. Es sei „hoch gepokert worden“. Neben Griechenland habe jedoch auch das Thema Migration und Flüchtlinge viel Raum eingenommen. Hierzu habe es eine stundenlange und teilweise äußerst kontroverse Grundsatzdebatte gegeben.

#### ★ „Frieden ist keine Selbstverständlichkeit“. Bundeskongress der Europa-Union Deutschland:

Am 25. und 26. April trafen sich rund 200 Delegierte beim 60. Bundeskongress der Europa-Union Deutschland in Memmingen. Oberbürgermeister Ivo Holzinger begrüßte die Gäste im schwäbischen Teil Bayerns herzlich und zeigte damit deutlich, dass die Europa-Union in Memmingen willkommen war.

In seiner Rede betonte EUD-Präsident Rainer Wieland MdEP, die Bedeutung des Engagements der Mitglieder für Europa und lobte den Einsatz jedes Einzelnen. Gerade in einer Zeit, die viele Herausforderungen für Europa mit sich bringe, seien Menschen, die sich für das europäische Zusammenleben einsetzten, unverzichtbar. Denn nur gemeinsam und auf europäischer Ebene könnten die Probleme angegangen werden. Eine lebendige Diskussion und Auseinandersetzung - sei es zur aktuellen Debatte um die Flüchtlingspolitik oder zum Thema Frieden und Sicherheit in Europa

- seien der richtige Weg, Lösungsansätze vorzubringen.

Beeindruckend waren die Worte von Bundesentwicklungsminister Gerd Müller, der ebenfalls hervorhob, dass Frieden keine Selbstverständlichkeit sei. Die Europa-Union sei als Friedensorganisation ein bedeutender Bestandteil, um den Friedensgedanken weiter zu tragen und zu erhalten. Minister Müller legte in seiner Rede einen besonderen Schwerpunkt auf die derzeitige Flüchtlingspolitik. Das Mittelmeer dürfe nicht zum Friedhof Europas werden. Laut Müller könnten die Probleme nur in den Entwicklungsländern gelöst werden. Dazu müsse aber ein faireres Handeln Grundlage werden. Sozial- und Umweltstandards müssten für Konzerne zur Selbstverständlichkeit werden. Zudem plädierte für einen neuen Weltzukunftsvertrag, in dem die Millenniumsentwicklungsziele weitergeschrieben werden.



Die Themen Flüchtlings- und Entwicklungspolitik standen auch im Mittelpunkt der Antragsberatung des Bundeskongresses. In umfangreichen Debatten setzten sich die Delegierten mit der Weiterentwicklung Europas und dem Schutz vor terroristischer Bedrohung auseinander. Besonders kontrovers wurde hierbei ein Antrag zum Beitritt der Türkei in die Europäische Union diskutiert.

#### *Rainer Wieland als Präsident wiedergewählt*

Im Zentrum des Kongresses stand dabei neben der Diskussion der europäischen Asyl- und Flüchtlingspolitik auch die Wahl des Präsidiums. Hierbei wurde der Vizepräsident des Europäischen Parlaments, Rainer Wieland, mit großer Mehrheit als Präsident der Europa-Union Deutschland wiedergewählt. 86 Prozent der Delegierten stimmten für den bisherigen Präsidenten der überparteilichen

Vereinigung und bestätigten ihn damit in seinem Amt.



Dr. Eva Högl MdB, Thomas Mann MdEP und Ernst Johansson wurden als Vizepräsidenten der Europa-Union Deutschland wiedergewählt. Ebenfalls im Präsidium bleiben wird Prof. Dr. Joachim Wuermeling als Schatzmeister.

Besonders freut uns, dass auch Ralf Bingel, Mitglied unseres Brüsseler Verbandes, erneut ins Präsidium gewählt wurde. Als weitere Mitglieder wurden Harm Adam, Lars Becker, Walter Brinkmann, Dr. Claudia Conen, Bernhard Freisler, Evelyn Gebhardt MdEP, Dr. Sylvia-Yvonne Kaufmann MdEP, Dr. Hermann Kuhn MdBB, Enrico Kreft, Heinz-Wilhelm Schaumann, Dr. Otto Schmuck, Elisabeth Schnarrenberger-Oesterle, Simone Thiel, Inga Wachsmann und Matthias Zürl gewählt. Christian Moos wurde als Generalsekretär in seinem Amt bestätigt.

#### *Europa-Union ehrt langjährige Mitglieder*

Mit einer humorvollen wie auch emotionalen Laudatio von Ralf Bingel wurde Ulla Kalbfleisch-Kottsieper mit der Europa-Medaille für ihr langjähriges und herausragendes Engagement für den Verband geehrt. Seit 2001 war sie im Präsidium der Europa-Union aktiv. Auch Wolfgang Zapfe erhielt die Auszeichnung für seinen überdurchschnittlichen Einsatz für die Belange der Europa-Union.

★ „Wie können Nord- und Südeuropäer voneinander lernen? – Eine Darstellung auf beiden Seiten.

*Gastbeitrag von Clara Salarich-Ortega.*

Europa ging es gut in den 2000ern. Die Einführung des Euros und die Erweiterungsrunde 2004 eröffneten neue Perspektiven für die Europäische Union. Es stimmt zwar, dass die Ablehnung des Verfassungsvertrages in Frankreich und in den Niederlanden ein schwerer Rückschlag war, aber nach der



„Denkpause“ weckte der Lissabon Vertrag neue Hoffnungen. Doch neue Krisen ließen nicht lange auf sich warten. Die Auswirkungen der Finanz-, Staatschulden- und Wirtschaftskrise kennen wir nur zu gut. Oder nicht? Im Folgenden möchte ich die Konsequenzen der Eurokrise aus einem anderen Blickwinkel betrachten, nämlich, die Auswirkungen auf das Volks(miss)verständnis in Europa und was wir dagegen tun können.

Die Weltwirtschaftskrise hat die Europäische Union in zwei Gruppen gespalten: Die schwer verschuldeten Südländer und die schuldenfreien Nordländer. Diese Spaltung bezieht sich jedoch nicht nur auf die Staatsfinanzen, sondern auch auf die Wahrnehmungen der Bevölkerungen Europas. Die Klischees kommen stärker zurück als je zuvor: auf der einen Seite die Nordeuropäer, effizient, zuverlässig und fleißig; auf der anderen Seite die Südeuropäer, faul, unpünktlich und korrupt. Diese Stereotype gelten als Deutungsmuster, die eine überkomplizierte Realität vereinfachen. Zudem werden sie zu Gründen für die wirtschaftlichen Probleme erklärt: Demnach sollen deren Ursachen nicht struktureller Natur sein, wie z.B. begründet in einem niedrigen Industrialisierungsgrad und dem Bestand patriarchalischer Strukturen, sondern in den kulturellen Eigenschaften der Bevölkerungen liegen.

Diese Stereotype, verankert in der Völkerpsychologie, müssen überwunden werden, damit sich das europäische Projekt weiterentwickelt und eventuell eine europäische Identität entstehen kann. Wir müssen über den Tellerrand hinausschauen und Synergien nutzen, um Missverständnisse zu be-

wältigen und Brücken zu bauen. Insbesondere müssen wir lernen, wie diese Unterschiede zum Vorteil Europas gebraucht werden können. Der Journalist Sebastian Schoepp bringt in seinem aktuellen Buch „Mehr Süden wagen“ ein gutes Beispiel dafür. Demnach verfügen die Länder in Nordeuropa über ein institutionelles System, bei welchem die zwischenmenschlichen Beziehungen eine Nebenrolle spielen. Sie sind zielorientiert und kommen „direkt zur Sache“. In den Südländern spielen jedoch persönliche Beziehungen eine größere Rolle. Die sind generell wichtiger als die Aufgaben bzw. Ziele. Im Süden lassen die Regeln des Systems größeren Raum für Verhandlungen. Laut Schoepp ist das genau das, was die EU momentan braucht: Zielorientierung und Flexibilität. Und Europa hat den Vorteil, beide Eigenschaften auf seinem Boden zu versammeln.

Als Spanierin, die in Brüssel lebt und bei einer deutschen Firma arbeitet, habe ich gelernt mit den Ambivalenzen zu leben und diese Unterschiede zu schätzen. Dafür braucht man Empathie – und Zeit. Man muss sich in die Lage der Anderen versetzen, um seine Emotionen, Positionen und Motive zu erkennen und sie zu verstehen. Zudem müssen wir von den Werten der Anderen lernen und bereit sein, unser eigenes Wertesystem kritisch zu betrachten. Das ist keine einfache Aufgabe, aber in unserem Alltag sollten wir vermeiden, Stereotype als Erklärungsmuster zu nutzen. Nur so können wir über die kulturellen Grenzen hinausgehen und gemeinsame Ziele erreichen. Natürlich gibt es Differenzen zwischen Nord- und Südeuropa und das ist auch gut so. Lasst uns das Beste daraus machen. Doch lasst uns voneinander lernen!

*Clara Salarich-Ortega arbeitet seit 2013 bei der "Ersten Lesung", einer Public Affairs Beratung in Berlin und Brüssel. Sie ist Spanierin, hat im Europa-Kolleg in Brügge studiert und sich in ihrer Berliner Zeit bei JEF engagiert.*



## ★ 10 Fragen an... Julia Strunk

**1. Tätigkeit:** Parlamentarische Assistentin im Büro des Vizepräsidenten Rainer Wieland MdEP



**2. In Brüssel seit:** Oktober 2014

**3. Hobbys:** Reisen, Lesen, Yoga

**4. Man trifft mich:** die meiste Zeit im Parlament, auf einen Aperol Sprizz im Piola Libri oder beim Antiquitätenbummel an der Place du Grand Sablon.

**5. Mein Geheimtipp in Belgien:** Die königlichen Gewächshäuser spät am Abend.

**6. Meine Buchempfehlung:** Honigtot von Hanni Münzer - weil es einen Teil deutscher Geschichte lebendig und mitfühlend erzählt

**7. Lieblingszitat oder Motto:** Leicht zu leben ohne Leichtsinn, heiter zu sein ohne Ausgelassenheit, Mut zu haben ohne Übermut, Vertrauen und freudige Ergebung zu zeigen ohne Fatalismus – das ist die Kunst des Lebens (Theodor Fontane)

**8. Bei der Europa-Union bin ich dabei:** ... weil ich das Gefühl habe, dass viele Menschen die Vorteile, die uns ein geeintes Europa ermöglicht, nicht mehr sehen. Hier heißt es, Überzeugungsarbeit zu leisten und die Menschen mitzunehmen.

**9. Europa bedeutet für mich:** Ländergrenzen zu überwinden, ohne mir Gedanken machen zu müssen, wie der Wechselkurs steht oder mich an lange Grenzkontrollen anstellen zu müssen. Vor allem aber die Gewissheit zu haben, dass wir uns gegenseitig nicht bekämpfen werden und uns ein

Schicksal, wie das der Generation meiner Großeltern, erspart bleibt.

**10. Mein Wunsch an Europa:** Solidarisch miteinander sein. Die Vorteile, die ein gemeinsames Europa bietet nutzen, aber auch die Aufgaben fair verteilen. Nur so funktioniert der europäische Gedanke!

## ★ Mitteilungen

Die Beitragsrechnungen für das Jahr 2015 sind im Juli versandt worden.

Wenn Sie Ihren Beitrag noch nicht entrichtet haben, so freuen wir uns über Ihre Überweisung.

Wenn sich Ihre Anschrift oder E-Mailadresse ändert, so geben Sie uns bitte umgehend Bescheid.

## ★ Impressum

Europa-Union Deutschland e.V.  
Verband Brüssel  
c/o UEF  
Square de Meeûs 25  
B - 1000 Brüssel  
Fax: 02 791 5795  
E-Mail: [info@eud-bruessel.eu](mailto:info@eud-bruessel.eu)  
[www.eud-bruessel.eu](http://www.eud-bruessel.eu)

**Redaktion:** Christoph Fuchs, Georg Becker  
Redaktionsschluss: August 2015

## Bankverbindung:

Konto: 363-0201214-76 (ING)  
IBAN: BE91 3630 2012 1476  
BIC: BBRUBEBB

Gerne nehmen wir **Beiträge von EUD-Mitgliedern** in den Mitgliederbrief auf. Bei Interesse können Sie sich gerne an Christoph Fuchs wenden: [christoph.fuchs@europarl.europa.eu](mailto:christoph.fuchs@europarl.europa.eu)